

(Gesandter v. Leipzig.)

haben. Ihre Berichte würden von ihnen an das auswärtige Amt und nicht an die Königlich Sächsische Regierung gerichtet werden und daher zunächst nicht von der sächsischen Regierung verwertet werden können. Ich glaube nicht, daß die Reichsleitung aus grundsätzlichen Erwägungen heraus bereit sein würde, diese Berichte, ehe sie der Zentralstelle vorgelegt haben, der sächsischen Regierung und der sächsischen Industrie zugänglich zu machen, so daß sie ihr immerhin mit einer gewissen Verzögerung zugehen würden. Gerade bei der Industrie ist aber Zeit Geld, und es muß alles schnell gemacht und beschleunigt werden. Entspräche die Reichsleitung unseren Anregungen, so würden alsdann an einzelnen Gesandtschaften Wirtschaftsbeiräte vorhanden sein, die aus Sachsen stammten und mit den sächsischen Interessen vertraut wären. Ob sie freilich gerade dort zur Anstellung gelangen würden, wo sie die sächsische Regierung für besonders notwendig hält, ist immerhin sehr fraglich. Die Reichsregierung würde sich darin freie Hand vorbehalten wollen. Daß bei der ganzen Einrichtung besonders viel herauspringen würde, ist der Königlich Staatsregierung, wie gesagt, immerhin etwas zweifelhaft. Gewiß wird in Berlin zielbewußt darauf hinzuwirken sein, daß das Reich die sächsischen Interessen im Reichsauslande kraftvoll wahrte. Das möchte ich gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hettner besonders betonen. Daneben aber erscheint der Königlich Staatsregierung naheliegend und Erfolg versprechend, unsere wirtschaftlichen Interessen in dem unseren Interessen nächstgelegenen Reichsausland zu wahren, der Weg über die sächsischen auswärtigen Vertretungen. Ich kann aber selbstverständlich dabei unterstreichen, was auch der Herr Abgeordnete Hettner betont hat, daß alles vermieden werden muß, was auch nur den Anschein erwecken könnte, daß die Einheit des Deutschen Reiches in irgendwelcher Weise durch eine derartige Vertretung gefährdet wird, daß also nicht davon die Rede sein kann, die alten Verhältnisse der Zersplitterung und Uneinigkeit vor 1866 im Auslande hervorgerufen.

Zum Schluß möchte ich hervorheben, daß die Königlich Staatsregierung gern bereit ist, jeden Weg zu gehen, der in der Richtung, die sächsischen Interessen und die sächsische Volkswirtschaft zu fördern und sie nach dem Kriege wieder aufzubauen, Erfolg verspricht. Anregungen hierzu wird sie stets dankbar begrüßen, wie sie ferner der Ansicht ist, daß in

diesen Fragen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Parteien und Ständen von besonderem Werte ist.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Sekretär Koch.

**Sekretär Koch:** Meine Herren! Bei der Vorberatung des Antrages Dr. Böhme, neue sächsische Gesandtschaften einzurichten und die bestehenden auszubauen, haben wir bereits ausführlich zu unserem ablehnenden Verhalten gegenüber den bestehenden sächsischen Gesandtschaften überhaupt Stellung genommen. Die Beratung in der Finanzdeputation A bei Kap. 103, wo der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Böhme verhandelt wurde, haben uns keines Besseren belehrt. Wir haben den früheren Standpunkt innebehalten und wahren ihn auch jetzt. Wir hätten also an sich keinen Grund, von neuem unseren Standpunkt klarzulegen, wenn nicht die Frage eben jetzt wieder aufgerollt worden wäre und wenn nicht der Standpunkt der Regierung Anlaß gäbe, noch einige Bemerkungen zu machen oder auch zu wiederholen. Die Sache ist wichtig genug, daß man wenigstens noch einmal die Hauptpunkte festlegt.

Wir halten es zunächst für durchaus berechtigt, und wissen uns hierin im Einverständnis mit allen Fraktionen des Hauses, daß die Interessen Sachsens, und insbesondere die wirtschaftlichen, gewahrt werden müssen.

(Abgeordneter Günther: Sehr richtig!)

Dieser Standpunkt ist durchaus berechtigt. Die Dinge liegen hier ähnlich, wie wir sie bei der Kriegswirtschaft gefunden haben, die bekanntlich in Berlin zentralisiert worden ist.

(Abgeordneter Günther: Leider!)

Da sind auch im Anfang mancherlei Klagen laut geworden, hier in der Kammer und auch von Seiten der Königlich Staatsregierung, daß die sächsischen Interessen nicht genügend gewahrt würden.

(Abgeordneter Günther: Auch heute noch nicht!)

Wir haben immerhin von dem Herrn Minister des Innern in der Deputation gehört, daß doch eine große Reihe von Wünschen erfüllt worden ist, weil wir sie nachdrücklich in Berlin vertreten haben. So wünschen wir nun auch, daß bei den deutschen Gesandtschaften die bundesstaatlichen, die einzelstaatlichen Interessen eine genügende Vertretung finden. Wenn